bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 04 | 14. Februar 2008

Rechte Szene 2

Krisenstimmung
Nach der Verhaftung des NPD-Schatzmeisters werden in der Partei alte Rechnungen aufgemacht.

Pfeffersäcke und Ausländer
DVU-Wahlkampfveranstaltung findet in den Messehallen statt – im Rechtsaußenspektrum der Hansestadt treten auch die Zentrumspartei und die Rechte Mitte Heimat Hamburg an.

Vitale braune Szene
In Ludwigshafen sind inbesondere die NPD und das neonazistische „Aktionsbüro Rhein-Neckar“ aktiv.

Amtspflichtverletzung
Langjähriger Rechtsrock-Musiker darf nicht mehr Richter sein – die Neonazi-Band „Noie Werte“ ist seit 20 Jahren fest in der Szene verankert.

Unerwünschte Nachbarn
Neuer Thor-Steinar-Laden sorgt in Berlin für Aufregung.

Braune Parallelwelt
Neonazistische Kindererziehung der HDJ.

Seitenblick 7

Tatort Magdeburg
In Sachsen-Anhalt ist die Zahl rechtsextremer Gewalttaten weiterhin hoch.

Gastbeitrag 8

Stimmungen schüren
Der Populismusbegriff ist schillernd und unscharf. Idealtypisch unterscheidet sich Rechtspopulismus in vier Grundvarianten.

Ausland 10

Grenzübergreifende Struktur
Zu den Wahlen zum Europäischen Parlament wollen rechtsextreme Parteien in koordinierter Form antreten.

Blick in die Zeitgeschichte 11

„Krieg der Ideen“
Das Ibero-Amerikanische Institut in Berlin dokumentiert in einer Ausstellung die Vielfalt des kulturellen Engagements im Spanischen Bürgerkrieg.

Meldungen 12

Rechte Szene

Krisenstimmung

Nach der Verhaftung des NPD-Schatzmeisters werden in der Partei alte Rechnungen aufgemacht.

Die Krise in der NPD lässt auch längst in der Versenkung geglaubte Aktivisten wieder auftauchen. Gerade wurden erste Meldungen über die Durchsuchungen bei Schatzmeister Erwin Kemna verbreitet, da meldete sich der ausgeschlossene Ex-NPD-Chef Günter Deckert zu Wort. In der ihm eigenen Diktion machte er sich auf die Suche nach „Mittätern", zumindest aber „Pennern" oder „unfähigen Tölpeln", die Kemna geholfen haben könnten. Zwar mit der Einschränkung: „Wenn der Kerngehalt der Meldungen zutrifft", doch klar war, dass Deckert die Zeit für eine Abrechnung mit der „derzeitigen Noch-Nr. 1: uvoigt" gekommen sieht. Zu bedauern seien, meint Deckert, „die Idealisten und Marschierer unten. Eine solche Führung haben sie NICHT verdient!"

Nun mag sich kaum jemand in der NPD die Deckertschen Zeiten zurückwünschen. Dennoch ist die Verunsicherung groß angesichts der Meldungen, Kemna habe die NPD um 627 000 Euro erleichtert. Durch die erste Erklärung der NPD am Tag der Verhaftung des 57-Jährigen wurde dies auch nicht ausgeräumt. „Keine Erkenntnisse" für ein „persönliches Fehlverhalten von Erwin Kemna" mochte Udo Voigt erkennen. Dass diese Erklärung mehr Fragen aufwarf, als Antworten zu liefern, dürfte den Autoren klar gewesen sein. Und so gab die NPD am Tag darauf, als Kemnas Aussagen bei ersten Verhören bekannt geworden waren, einen zweiten Text heraus: Kemna habe mit seinen Ein- und Auszahlungen eigene und fremde Darlehen bewegt „und die Darlehensgeber namentlich vor möglichen Verfolgungen schützen wollen".

Damit machte sich die NPD Kemnas Version zu Eigen, die der gegenüber Staatsanwaltschaft und LKA zum Besten gegeben hatte: Alle Geldflüsse von der NPD auf seine Konten seien zur Rückzahlung von Darlehen bestimmt gewesen. Belege? Fehlanzeige. Quittungen? Vernichtet. Abgesehen davon, dass geordnete Finanzen anders aussehen und sich eventuell auch die Frage nach der Zuverlässigkeit von Rechenschaftsberichten der NPD stellt, hält die Staatsanwaltschaft Kemnas Angaben für „Schutzbehauptungen".

Dabei passen Kemnas Schilderungen in das Bild, das der „Spiegel" am 11. Dezember 2006 von den NPD-Finanzen zeichnete: Interne Dokumente würden den Verdacht nahelegen, „dass die NPD sich jahrelang auf ein Finanzkonstrukt aus Privatdarlehen, Bankkrediten und Grundschulden stützte, in dem nicht immer präzise zwischen Partei- und Privatkassen einzelner Funktionäre und Parteimitglieder unterschieden wurde. Mehr als eine Million Mark wurde dort in den vergangenen Jahren hin und her geschoben, die Spuren zu Geldgebern wurden offenbar systematisch verschleiert".

„Er ist der Finanzexperte der NPD", heißt es auf der NPD-Homepage über Kemna: „Sein Wissen und seine Erfahrung haben die NPD wirtschaftlich auf gesunde Füße gestellt." Gut möglich, dass mit diesem Lob auch die trickreichen Transaktionen gemeint waren, die der „Spiegel" beschrieb. Andere sind anderer Ansicht. Es sei, meint etwa Christian Worch, „nicht gerade eine Empfehlung für einen Bilanzbuchhalter", wenn jemand Quittungen vernichte. Logisch erscheint Worch hingegen, dass sich Voigt eilig hinter seinen Schatzmeister stellte: „Denn wenn Kemna schuldig ist, wären wohl personelle Konsequenzen nötig. Und das eher auf der Ebene des Vorsitzenden."

Die erste personelle Konsequenz zog die NPD bereits: Die Geschäfte des Schatzmeisters werden von den Landesvorsitzenden von Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern, Ulrich Eigenfeld und Stefan Köster, übernommen.

Kemna, seit 33 Jahren Parteimitglied, gehört gemeinsam mit Eigenfeld im NPD-Vorstand zur „alten Garde", bürgerlich im Auftreten, ein selbstständiger Unternehmer, der mit Küchen und Geschenkartikeln handelt. Er passt nicht mehr recht ins Bild der „jungen", aktivistischen NPD. Und alte Rechnungen werden nun aufgemacht: Erinnert wird daran, dass er daheim im Münsterland für die NPD wenig erfolgreich war, während er auf Bundesebene Karriere machte. Und nicht weit ist es bis zum wieder aufgewärmten Vorwurf, er sei V-Mann des Verfassungsschutzes (gewesen). Im Zuge des Verbotsverfahrens waren solche Vorwürfe aufgetaucht; Kemna hatte sich aber mit Unterlassungserklärungen dagegen gewehrt.

Tomas Sager

Pfeffersäcke und Ausländer

DVU-Wahlkampfveranstaltung findet in den Messehallen statt – im Rechtsaußenspektrum der Hansestadt treten auch die Zentrumspartei und die Rechte Mitte Heimat Hamburg an.

Während der Bündnispartner NPD im Sog seines Finanzskandals ins Schwimmen gerät, konnte die rechtsextreme Deutsche Volksunion (DVU) in Hamburg vor Gericht zumindest einen Erfolg erzielen. Erstinstanzlich sprach ihr das Landgericht Hamburg das Recht zu, am 17. Februar – eine Woche vor der Bürgerschaftswahl – ihre zentrale Wahlkampfveranstaltung im Congress-Center Hamburg (CCH) abzuhalten. Die zuständige Behörde für Wirtschaft und Arbeit hatte vor dem Oberlandesgericht in Hamburg Widerspruch gegen diese Entscheidung eingelegt, die von dem oberen Gericht aber abschlägig beschieden wurde. Die DVU-Veranstaltung kann daher am 17. Februar im CCH stattfinden.

Neben der Präsenz vor Gericht gibt sich die DVU in Hamburg, wie man es auf Landesebene von ihr kennt: Relativ viele Plakate, darunter viele zerstörte, hängen in den Straßen. Doch ein regionales Profil ist bei der zentralistisch vom Münchner Verleger Gerhard Frey gesteuerten und an Alster und Elbe außerordentlich personell schwach besetzten Partei nicht zu erkennen. Spitzenkandidat Matthias Faust („Faust für Hamburg!“) argumentiert mit der ehemaligen NDR-Moderatorin Eva Herman und spricht über die „desaströse Lage der deutschen Familien“ – die Sätze sind austauschbar, einen näheren Hamburg-Bezug gibt es nicht. Die auf einigen Plakaten gedruckte Parole „Michel statt Moschee“ ist da schon ein Ausrutscher. Unter der Überschrift „Was guckst du?“ oder „Ich bringe gerade einen Deutschen um“, wird die schon von Hessens Ministerpräsident Roland Koch in den Wahlkampf transferierte Attacke zweier Jugendlicher auf einen Münchner Rentner Ende 2007 auf der Website für die DVU in Stellung gebracht.

Neben der DVU werben Parteien im ideellen, teilweise personellen Fahrwasser der 2001 mit 19,4 Prozent der Stimmen überaus erfolgreichen Schill-Partei mit rechtspopulistischen Parolen um Stimmen. Ronalds Schills Nachfolger als Innensenator, Dirk Nockemann, gründete mit dem einstigen Schill-Fraktionschef Norbert Frühauf den Hamburger Landesverband der Deutschen Zentrumspartei. Die etwa 250 Mitglieder haben den „Schutz der deutschen Identität“ durch eine „volkstümliche Politik“ auf ihre Fahnen geschrieben. Gefordert werden ein „Verschleierungsverbot“ sowie ein nicht näher ausgeführter „Integrationszwang für Einwanderer“.

Während Nockemann, der einst als Juso seine Polit-Karriere begann, nach dem Rauswurf Eva Hermans bei Johannes B. Kerner zum Boykott von durch den ZDF-Talkmaster beworbenen Unternehmen aufrief, wettert Frühauf gerne gegen „Pfeffersäcke aus Blankenese“. Auf Listenplatz zwei steht mit Werner Böhm jemand, der vor seinem Ausflug ins RTL-Dschungelcamp unter dem Künstlernamen Gottlieb Wendehals mit der „Polonäse Blankenese“ vor zweieinhalb Jahrzehnten seinen größten Hit feierte.

„Hamburg bleibt deutsch“

Stärker im Stadtbild vertreten ist die Rechte Mitte Heimat Hamburg, die auf dem Wahlzettel unter dem Kürzel „KUSCH“ firmiert. Roger Kusch, 2006 entlassener CDU-Justizsenator, setzt auf eine Das-Boot-ist-voll-Rhetorik. „Kriminelle Ausländer raus!“ steht auf den Plakaten der 150 Mitglieder starken Partei, die in den Schulen „Heimatliebe wecken und fördern“ will und unter anderem einen Einbürgerungsstopp bis 2010 fordert. In aller Kürze: „Hamburg bleibt deutsch“, wie es, offenbar in heilloser Panik vor einer dänischen Kriegserklärung auf den Plakaten heißt. „Ole von Beust überlässt die rechtschaffenen Hamburger dem ausländischen Mob“, hetzt Kusch, der stets die „Gefahr Islam“ herauf beschwört und auf den Plakaten hochstaplerisch als „Zweiter Bürgermeister“ firmiert.

Kontakte zum rechtpopulistischen Kärntner Landeshauptmann und früheren FPÖ-, jetzt BZÖ (Bündnis-Zukunft-Österreich)-Politikers Jörg Haider Ende 2006 mündeten nicht in eine weitergehende Zusammenarbeit. Dritter im Bunde beim Treffen zwischen Jörg Haider und Roger Kusch war der Vorsitzende der extrem rechten Deutschen Konservativen, Joachim Siegerist, der im Mai 2007 in Bremen (1,6 Prozent) den Einzug in die Bürgerschaft verfehlte.

Volker Stahl

Vitale braune Szene

In Ludwigshafen sind inbesondere die NPD und das neonazistische „Aktionsbüro Rhein-Neckar" aktiv.

Ludwigshafen in Rheinland-Pfalz ist nach dem verheerenden Brand eines türkischen Mehrfamilienhauses in den Focus der medialen Berichterstattung gerückt. Die zweitgrößte Stadt der Metropolregion Rhein-Neckar verfügt auch über eine vitale rechtsextreme Szene. Die NPD trifft sich monatlich jeden ersten Dienstag zu einem Gesprächskreis, die Republikaner nutzen jeden ersten Freitag im Monat zum Plausch, die DVU veranstaltet monatliche Stammtische jeden dritten Donnerstag. Regelmäßige Treffs macht auch die NPD-Abspaltung „Deutsche Liste Ludwigshafen."

Die Neonazi-Szene sammelt sich in der Kneipe „Blocksberg" eines örtlichen CDU-Funktionärs in der Innenstadt. Zu den Kneipenbesuchern zählt der im benachbarten Mannheim lebende NPD-Funktionär Christian Hehl. Der mehrfach vorbestrafte Gewalttäter Hehl, NPD-Kreisverbandsvorsitzender Vorderpfalz, betrieb vor Jahren in Ludwigshafen den Neonazi-Devotionalienladen „Hehl's World". In Ludwigshafen wohnhaft ist der Neonazi Matthias Herrmann, der ursprünglich aus Jena stammt. Herrmann ist einer der Köpfe des „Aktionsbüros Rhein-Neckar". Dem im Sommer 2003 gegründeten Aktionsbüro Rhein-Neckar gehören Vertreter von Neonazi-Organisationen aus Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz an. Dieser Zusammenschluss von „freien Kameradschaften" zählt zu den aktivsten Neonazistrukturen in Deutschland. Im Bundestagswahlkampf 2005 störten sie mehrere Veranstaltungen großer Parteien. Im Oktober desselben Jahres marschierten die Neonazis bei einer Lesung von Jan Philipp Reemtsma, Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, in Mannheim mit über 60 Kameraden auf und bedrohten die Zuhörer. Unter dem Motto „Das System hat keine Fehler – Das System ist der Fehler – Auf ins Kampfjahr 2007" demonstrierten Anhänger des Aktionsbüros Rhein-Neckar am 31. Dezember 2006 in der Innenstadt von Ludwigshafen. Redner war unter anderem der hessische NPD-Landesvorsitzende Marcel Wöll.

In Ludwigshafen beheimatet ist die Gjallarhorn-Klingschmiede, ein Label/Vertrieb der Hammerskins. Betreiber ist Malte Redecker, Macher des Szene-Magazins „Nordwind", Kopf der Hammerskins Westmark und Organisator von Neonazi-Konzerten.

Jeder fünfte Einwohner der Stadt am Rhein hat keine deutsche Staatsbürgerschaft. Ein Grund für die NPD, mit apocalyptischen Visionen fremdenfeindliche Hetze zu betreiben. In einem Schreiben der NPD an alle Funktionäre und Mandatsträger der Republikaner in Rheinland-Pfalz hieß es im Oktober 2006: „Etliche Stadtteile in Mainz, Ludwigshafen oder Frankenthal wirken wie anatolische Vorstädte ... Gerade die Kommunen müssen die Lasten der verfehlten Ausländer- und Sozialpolitik tragen. Wir müssen diese Verhältnisse endlich ändern!" An anderer Stelle erklärte die NPD: „Heute muss man sich nur Mainz, Ludwigshafen und Frankenthal ansehen, um die demografischen Prognosen nachvollziehen zu können, wonach bis zum Jahre 2010 in westdeutschen Großstädten raum- und kulturfremde Ausländer bei den unter 40-Jährigen einen Anteil von 50 Prozent erreichen werden. Damit werden die Deutschen fremd im eigenen Land." Verschwörungstheoretisch ging es am 9. Juni 2007 bei einer NPD-Veranstaltung im Großraum Ludwigshafen/Vorderpfalz zu. Der Rechtsextremist Richard Melisch „aus der Ostmark" sprach auf einer Veranstaltung zum Thema „Vernichtung der Völker durch Globalisierung". Einem Szenebericht zufolge erklärte Melisch, dass die „Globalisierer aus Übersee und deren Vasallen" einen „Einheitsmensch" schaffen wollten.

Am 1. Mai vergangenen Jahres griffen Rechtsextremisten, die vermutlich von einer NPD-Kundgebung in Rüsselsheim per Bahn in Mainz eintrafen, auf dem Bahnhofsgelände junge Leute an, warfen eine 18-Jährige auf die Bahngleise und verprügelten sie dort brutal. Danach fuhren die Schläger mit dem Zug in Richtung Ludwigshafen davon. Fremdenfeindlich motiviert waren zwei Vorfälle in Ludwigshafen Ende 2007. Am 29. November wurde ein 20-jähriger Mann aus Somalia von einem 24-jährigen Deutschen angegriffen. Zwei Männer schlugen am 5. Dezember 2007 einen aus Eritrea stammenden 43-jährigen Mann zusammen. Das Opfer erlitt unter anderem eine Platzwunde und musste sich ambulant im Krankenhaus behandeln lassen. In beiden Fällen wurden die Täter gefasst.

Anton Maegerle

Amtspflichtverletzung

Langjähriger Rechtsrock-Musiker darf nicht mehr Richter sein – die Neonazi-Band „Noie Werte" ist seit 20 Jahren fest in der Szene verankert.

Der Gitarrist der Neonazi-Band „Noie Werte", Oliver Hilburger, hat kürzlich wegen grober Amtspflichtverletzung sein ehrenamtliches Richteramt in Stuttgart verloren. Am 11. Januar verkündete das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg den Beschluss seines Verfahrens. „Der Antragsgegner wird seines Amtes als ehrenamtlicher Richter beim Arbeitsgericht Stuttgart enthoben." Der 38-jährige Hilburger aus Althütte (Rems-Murr-Kreis) wurde zum 1. Januar 2004 auf Vorschlag der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) in dieses Ehrenamt berufen. Seine reguläre Amtszeit hätte am 31. Dezember 2008 geendet.

Doch im vergangenen Jahr wurden die braunen musikalischen Aktivitäten von Hilburger publik. So gehört er seit 1989 der Band „Noie Werte" um Steffen Hammer an, von 1994 an betreibt er zusammen mit Hammer das Label German British Friendship (GBF) beziehungsweise G.B.F.-Records. Hilburger war bis zum vergangenen Jahr freigestellter CGM-Betriebsrat beim Untertürkheimer Daimler-Werk, stellvertretender Vorsitzender der CGM-Betriebsgruppe Daimler(Chrysler) und Mitglied des Landesvorstands der CGM (bnr 16/07). Von diesen Ämtern trat Hilburger nach Bekanntwerden seiner Aktivitäten zurück. An dem Amt eines ehrenamtlichen Richters wollte er festhalten, was das jetzige Verfahren erforderlich machte. Hilburger räumte seine Bandzugehörigkeit ein, gab aber an, nach dem 1. Januar 2004 keine Lieder mit der 1987 gegründeten Band mehr eingespielt zu haben. Auf die Verbreitung zuvor eingespielter Lieder habe er keinen Einfluss. Ebensowenig sei er für das Verhalten des Publikums bei Live-Auftritten verantwortlich, sofern er das Auditorium nicht dazu aufgefordert habe. In einem Gespräch legte Hilburger dar, dass das Liedgut keine verfassungsfeindlichen Texte beinhalte und keine strafrechtliche Relevanz aufweise.

„Noie Werte" ist fest in der rechtsextremen Musik-Szene verankert, was alleine die Veröffentlichungspraxis von Musiktiteln verdeutlicht. Die spektakuläre erste Schulhof-CD „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund" aus dem Umfeld der Freien Nationalisten von 2004 enthielt gleich zwei Titel von „Noie Werte" („Am Puls der Zeit" und „Fuck the USA"). Auf der NPD-Schulhof-CD „Schnauze voll? Wahltag ist Zahltag!" aus dem gleichen Jahr findet sich ebenfalls der NW-Titel „Fuck the USA". Im Jahr 2005 erschien eine weitere NPD-Schulhof-CD mit dem Titel „Der Schrecken aller linken Spießer und Pauker" mit den beiden NW-Titeln „Wer Wahrheit spricht, verliert" und „Vertriebenenballade". Ebenfalls 2004 wurde die CD „Wir sind dabei" von „Faktor Widerstand" veröffentlicht. Hinter dem Projekt „Faktor Widerstand" versammeln sich „Noie Werte", ohne ihren Sänger Steffen Hammer, der eine Rechtsanwaltskanzlei in Reutlingen betreibt, und die Sängerin Annett (Moeck, verheiratete Müller), die auch auf den erwähnten NPD-Schulhof-CDs mit jeweils einem Titel vertreten ist. Im Jahr 2004 erschien ebenso eine Live-CD von „Noie Werte". An Live-Auftritten mit dem ehrenamtlichen Arbeitsrichter fehlte es auch in den vergangenen Jahren nicht, darunter der stark frequentierte knapp einstündige Auftritt im September 2006 in Italien, bei dem im Publikum während des Rudolf-Heß-Titels „Alter Mann in Spandau" der Hitler-Gruß gezeigt wurde.

Weiterhin aktiv in der Musik-Szene ist auch Max Hirsch, langjähriger Sänger der Gruppe „Race War" aus Schwäbisch Gmünd. Zwar beteuerte der 24-jährige Sänger wie auch seine musikalischen Mitstreiter beim „Race War"-Prozess am Stuttgarter Landgericht im November 2006 mit Rechtsrock und der Neonazi-Szene abgeschlossen zu haben (bnr 25-26/06). Doch setzte Hirsch seine Musikkarriere als Solist in der rechtsextremen Szene fort. Zuletzt trat Ende Januar in der Nähe von Aalen (Ostalb-Kreis) beim JN-Stützpunkt Ostalb „der regionale Liedermacher 'Stimme des Blutes' mit eigenen, sowie bekannten nachgespielten Liedern" auf. Im vergangenen Jahr erschien bei Front Records von dem als „Stimme des Blutes" firmierenden rechtsextremen Musiker die CD Schicksalsstunde, „ein Soloprojekt von RW", so der einschlägige V7 Versand über die CD mit Balladen bis Rockballaden. Und damit die Anknüpfung an „Race War" noch offenkundiger wurde, diente der Titel der letzten CD von „Race War" aus dem Jahr 2005, „Stimme des Blutes", gleich als Namen für das Solo-Projekt des inzwischen verheirateten Sängers Hirsch.

Ariane Becker

Unerwünschte Nachbarn

Neuer Thor-Steinar-Laden sorgt in Berlin für Aufregung.

„Wir weisen den Versuch, uns und unsere Kunden in eine politische Ecke zu drängen auf das Schärfste zurück. Die Firma Protex GmbH wurde gegründet, um Geld zu verdienen, auch wenn ihnen das nicht passen sollte.“ Mit dieser Erklärung versuchen die Vertreiber von Kleidungsstücken der Marke Thor Steinar, die Wogen nach der Neueröffnung eines Thor-Steinar-Ladens am 31. Januar in der Rosa-Luxemburg-Straße in Berlin-Mitte zu glätten. Die Marke Thor Steimar sorgte nach ihrer Registrierung im Oktober 2002 für politische und auch juristische Auseinandersetzungen. Das Oberlandesgericht Brandenburg stellte in einem Urteil im Jahre 2005 fest, „dass die Textilien der Marke Thor Steinar durch ihre farbliche Gestaltung und verwendete Aufschrift gerade Personen der Neonaziszene ansprechen und dies mutmaßlich auch so vom Hersteller beabsichtigt ist“.

Neben dem Internetverkauf versucht die Protex GmbH durch den Aufbau von eigenen Läden in möglichst zentraler Lage den Vertrieb anzukurbeln, und so auch Kunden außerhalb der rechten Szene zu erreichen. Das führt regelmäßig zu Protesten. So musste ein Thor-Steinar-Laden am Berliner Alexanderplatz nach Beschwerden von Anwohnern schließen. Schon während der Neueröffnung einige Meter weiter gab es Protestaktionen. Auch mehr als zwei Wochen danach protestierten viele Ladenbesitzer gegen den ungeliebten Nachbarn. Nach Informationen der „Berliner Zeitung“ hat der Eigentümer mittlerweile die Ladenbetreiber Protex GmbH zur Räumung aufgefordert. Vor Vertragsabschluss hätten die Ladeneigentümer den Hintergrund des Geschäfts sehr geschickt im Dunkeln gelassen, lautet die Begründung. Allerdings gehen Juristen davon aus, dass eine Kündigung schwierig sein wird.

Zur Zeit gibt es eine juristische Auseinandersetzung um die Kündigung eines Thor-Steinar-Ladens in Magdeburg. Ein Urteil wird demnächst erwartet und könnte auch darüber entscheiden, ob sich die Protex GmbH in Berlin bald wieder nach einem neuen Domizil umsehen muss.

Peter Nowak

Braune Parallelwelt

Neonazistische Kindererziehung der HDJ.

Rechtsextremisten schicken ihre Kinder in die Lager der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ), damit sie dort im stramm rechten Sinne erzogen werden. Bei der HDJ gilt „soldatische Erziehung“, es wird „Disziplin und Gehorsam“ verlangt. Für die jungen Teilnehmer gibt es kein Entrinnen. Sie leben in einem rechtsextremen Familienclub, und die Szene braucht den Nachwuchs. Was und wer hinter der HDJ steckt, hat die Journalistin (und bnr-Autorin) Andrea Röpke gründlich recherchiert und akribisch zusammengetragen. Ihre Erkenntnisse wurden jetzt in der Broschüre „Ferien im Führerbunker – die neonazistische Kindererziehung der ‘Heimattreuen Deutschen Jugend’“ veröffentlicht, die bei der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben in Braunschweig erschienen ist.

Die HDJ ist demnach fest in der neonazistischen Szene verankert. Zahlreiche Kader der HDJ üben hohe Funktionen in der NPD aus, besonders enge Kontakte scheinen gegenüber der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern zu bestehen. Der NPD-Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs lobt die Jugendarbeit der HDJ als vorbildlich. Seine Fraktionskollegen Tino Müller und Stefan Köster, der NPD-Landeschef, sind wie auch etliche Fraktionsmitarbeiter der NPD selbst in den Reihen der HDJ aktiv. Auffällig ist, dass zahlreiche Aktivisten der 1994 wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verbotenen „Wiking-Jugend“ (WJ) sich heute in der HDJ engagieren. Aber nicht nur personell, auch in der ideologischen Ausrichtung bestehen Parallelen zwischen HDJ und WJ. Verschiedene Experten sehen daher die HDJ als Ersatzorganisation für die WJ an.

Das Bundesinnenministerium hat der HDJ im Oktober 2007 verboten, sich zu uniformieren. Die HDJ-Kader scheinen sich davon wenig beeindrucken zu lassen. So sind in einem aktuellen Werbevideo und im neuen HDJ-Kalender Personen mit Uniformstücken zu sehen (bnr.de berichtete). Die sehr empfehlenswerte Broschüre vermittelt auf 128 Seiten einen authentischen Eindruck über die Gefährlichkeit der braunen Kinderfänger-Truppe. *G.N.*

Infos und Bezug: www.arug.de

Seitenblick

Tatort Magdeburg

In Sachsen-Anhalt ist die Zahl rechtsextremer Gewalttaten weiterhin hoch.

In Sachsen-Anhalt erreignet sich, statistisch betrachtet, alle zwei bis drei Tage eine rechtsextreme oder rassistische Gewalttat. Die Mobile Opferberatung hat für das vergangene Jahr 151 politisch rechts motivierte Gewalttaten mit insgesamt 318 direkt Betroffenen registiert. In mehr als zwei Drittel der Fälle richteten sich die Angriffe gegen alternative und nicht-rechte Jugendliche sowie gegen junge Erwachsene. 26 Prozent sind rassistisch motivierte Angriffe, die gegen Migranten, Flüchtlinge, Afrodeutsche und ausländische Studierende gerichtet waren. Damit hält sich nach Angaben der Opferberatung die Zahl rechter Gewalttaten in dem Bundesland auf dem hohen Niveau der Vorjahre. Es sei davon auszugehen, dass es in den kommenden Wochen und Monaten noch zu Nachmeldungen bislang nicht registrierter Angriffe komme. So habe man zu Jahresbeginn 2007 für das Vorjahr 178 Fälle rechter Gewalt registriert, die sich später auf 200 erhöht hätten.

Zu den regionalen Schwerpunkten rechter Gewalt im Jahr 2007 gehört unter anderem die Landeshauptstadt Magdeburg. Hier hat die Mobile Opferberatung 20 rechte Angriffe registriert, darunter eine hohe Anzahl von rassistischen Gewalttaten im öffentlichen Raum und insbesondere in Verkehrsmitteln und an Haltestellen. Bei den Tätern handelt es sich neben oft polizeibekannten Rechtsextremisten vielfach auch um rassistische Gelegenheitsschläger. Ein großer Teil dieser Taten ereignete sich am Hasselbachplatz und in den umliegenden Straßen in der südlichen Innenstadt. Jugendliche und junge Erwachsene rotteten sich hier mit Bierkästen und schärferen Alkoholika zusammen und betranken sich zielgerichtet. Oftmals ereigneten sich rassistisch oder rechtsextrem motivierte Gewalttaten aus solchen Gruppen heraus. In der Silvesternacht wurden Streifenwagen der Polizei gezielt mit Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern angegriffen. Ein Beamter erlitt Verletzungen. Stadt und Polizei haben mittlerweile reagiert. Der Platz wird jetzt videoüberwacht, zudem hat die Stadt für die Abend- und Nachtstunden dort Alkoholkonsum unter freiem Himmel und aus Flaschen untersagt.

„In der Rückschau wird deutlich, dass mehr Passantinnen und Passanten beziehungsweise Fahrgäste bei rechtsextremen oder rassistisch motivierten Übergriffen mutig eingegriffen haben und den Betroffenen zu Hilfe kamen als in den Jahren zuvor“, sagt eine Sprecherin der Mobilen Opferberatung. „Solche Beispiele sollten Schule machen.“

Im Vorgehen organisierter rechter Gewalttäter hat sich nach Angaben der Opferberatung der Trend verstärkt, dass Aktivisten neonazistischer Kameradschaften und deren Umfeld am Rande von Aufmärschen und NPD-Kundgebungen gezielt gewaltsam gegen politische Gegner vorgehen. Zudem würden soziokulturelle Zentren und Veranstaltungen beziehungsweise Feiern und Partys nicht-rechter Jugendlicher gehäuft das Ziel organisierter Angriffe. Die Täter kommen aus dem Umfeld organisierter militanter Kameradschaften oder aus eher locker zusammengesetzten rechten Cliquen. So habe es in Halberstadt im vergangenen Jahr mehrere Angriffe organisisierter Rechtsextremisten auf das alternative soziokulturelle Zentrum ZORA sowie ähnliche Übergriffe in Naumburg gegeben. Rechte Gewalt ziele in diesen Fällen auf die Einschüchterung und Bedrohung einer nicht-rechten und alternativen Jugendkultur. Erfolgreich seien diese Hegemoniebestrebungen dort, wo die betroffenen Jugendlichen sich von Sicherheitsbehörden, Justiz oder der Kommunalpolitik nicht ernst genommen oder allein gelassen fühlen.

Als Beispiele nannte die Opferberatung den Überfall auf eine Theatergruppe in Halberstadt im Juni 2007, in dessen Zusammenhang die Polizei später schwere Fehler und Pannen in der Tatortarbeit und im Umgang mit Opfern des Überfalls einräumen musste. Auch der Überfall auf eine Geburtstagsfeier in Gerwisch unweit von Magdeburg müsse hierzu gerechnet werden. Den nicht-rechten Jugendlichen hatten die Neonazis tags zuvor diesen Überfall sogar angekündigt, die Polizei war informiert. Dennoch wurde der Veranstaltungsort von der Polizei in der Tatnacht nur ein bisschen häufiger bestreift als gewöhnlich. Als schließlich 30 neonazistische Schläger die Feier brutal überfielen, mussten die beiden Beamten des Streifenwagens erst einmal zeitaufwändig Verstärkung herbeifordern. In beiden Fällen laufen derzeit die Prozesse.

Eberhard Löblich

Gastbeitrag

Stimmungen schüren

Von Christoph Butterwegge*

Der Populismusbegriff ist schillernd und unscharf. Idealtypisch unterscheidet sich Rechtspopulismus in vier Grundvarianten.

Im hessischen Landtagswahlkampf hat Ministerpräsident Roland Koch (CDU) das Thema „Kriminalität und Gewalt von jugendlichen Migranten" kampagnenartig zugespitzt, weshalb ihm verschiedentlich rechtspopulistische Stimmungsmache vorgeworfen wurde. Hier soll diskutiert werden, was unter „Rechtspopulismus" zu verstehen und ob dieser Terminus zur Charakterisierung eines ganzen politischen Lagers geeignet ist.

Aus zwei Gründen ist der Populismusbegriff schillernd und unscharf: Einerseits fallen darunter häufig links(radikal)e genauso wie rechts(extrem)e und basis- beziehungsweise radikaldemokratische genauso wie antidemokratische Strömungen, was seine Offenheit für unterschiedliche Strategien und Taktiken signalisiert, aber auch inhaltliche Mehrdeutigkeit, Verschwommenheit und Konturlosigkeit bedingt. Andererseits wird häufig so getan, als sei „Rechtspopulismus" das demokratisch geläuterte, zumindest sehr viel moderatere Pendant zum Rechtsextremismus, nicht etwa nur eine Spezialform desselben. Missverständlich ist der Populismusbegriff insofern, als dafür zwei unterschiedliche Deutungsmuster existieren, die nachfolgend dargestellt werden.

Das erste, in der Forschungslandschaft wie in der Fachliteratur dominante Deutungsmuster begreift Populismus als Politik(vermittlungs)form und Regierungsstil, welcher von Personen, Parteien oder Koalitionen unterschiedlicher Couleur praktiziert werden kann, was man gegebenenfalls mittels der Differenzierung zwischen Links- und Rechtspopulismus zum Ausdruck bringt. Nach herrschender Lehre charakterisiert der Populismus gar nicht die Politik einer Partei, sondern nur die Art, wie sie gemacht und/oder „an den Mann gebracht" wird.

Ein gewisses rhetorisches Talent und die argumentative Demagogie seiner führenden Repräsentanten sind auffällige Merkmale des Populismus, aber nicht für ihn konstitutiv. Nach größerer Popularität zu streben, „dem Volk aufs Maul zu schauen" und komplexe Zusammenhänge leicht verständlich darzustellen, ist höchstens dann populistisch, wenn damit die Manipulation von Menschen zugunsten einer privilegierten Minderheit verbunden ist. Unbefriedigend bleibt eine bloße Formaldefinition für Populismus, wenn sie keinerlei inhaltliche Festlegung enthält. Die Bezeichnung eines Parteiprogramms als „populistisch" ist sowenig aussagekräftig wie der Begriff „Protestpartei", weil keine Aussage über die dahinter steckende Ideologie getroffen wird.

Das zweite Deutungsmuster versteht unter Populismus eine stärker inhaltlich bestimmte Konzeption, die aufgrund ihrer Konstruktion eines (ethnisch) homogenen Volkes, das sie den „korrupten Eliten" gegenüberstellt, mit einer linken Weltanschauung beziehungsweise deren Hauptströmungen – Sozialismus, Reformismus und Kommunismus –, die Klassen und Schichten zu Basiskategorien ihrer Topografie der Gesellschaft machen, unvereinbar ist, aber mit den bürgerlichen Grundrichtungen – Liberalismus und Konservatismus –, die zwischen den genannten Großgruppen keine Interessengegensätze zu erkennen vermögen, durchaus harmoniert. Rechtspopulismus wäre für diese Orientierung zwar der treffendere Begriff, was nicht ausschließt, dass sich auch Strömungen der „Mitte" oder der Linken vorübergehend solcher Argumentationsmuster bedienen.

Rechtspopulisten stellen die soziale Frage, ohne sie überzeugend zu beantworten

Populismus ist mehr als eine Stilfrage und eine Agitationstechnik, worauf schon die Etymologie des Terminus verweist, denn die ursprüngliche Wortbedeutung lässt den Anspruch damit Bezeichneter erkennen, Politik im Namen des Volkes und/oder für das Volk zu machen. Je nachdem, ob man diese Zielgruppe im Sinne von „ethnos" oder „demos" versteht, bildet das „eigene" oder das „gemeine Volk" den Fixpunkt. Zwar haben Rechtspopulisten nur wenig Hemmungen, ihrerseits – etwa als Parlamentsabgeordnete oder Minister – die Privilegien der Mächtigen und Regierenden in Anspruch zu nehmen, verlangen von diesen jedoch, sich nicht persönlich zu bereichern, sondern selbstlos „der Sache des Volkes" anzu-

nehmen. Rechtspopulisten stellen zwar die soziale Frage, ohne sie jedoch überzeugend zu beantworten. Meistens verknüpfen solche Gruppierungen die soziale mit der nationalen Frage, obwohl eine Verbindung von sozialer und demokratischer Frage nötig wäre, um sie zu lösen.

Da sich der Rechtsextremismus im Hinblick auf seine Ideologieproduktion und Strategiediskussion spürbar modernisiert, programmatisch erneuert und vom Nationalsozialismus mehr oder weniger überzeugend distanziert sowie aufgrund der Vielfalt von ihm mittlerweile besetzter Handlungsfelder, Aktionsformen und Organisationszusammenhänge erheblich ausdifferenziert hat, sollten nur jene (Partei-)Organisationen, Strömungen und Bestrebungen als rechtspopulistisch bezeichnet werden, die den Dualismus von „Volk“, „Bevölkerung“ beziehungsweise „mündige Bürger“ und „Elite“, „Staatsbürokratie“, „politische Klasse“ zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Agitation und Propaganda machen, ohne militante Züge aufzuweisen und Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele anzuwenden oder anzudrohen. Innerhalb des Rechtspopulismus kann man idealtypisch vier Grundvarianten unterscheiden:

1. Wenn die Kritik an einem vermeintlich überbordenden, die Volkswirtschaft lähmenden und den eigenen Wirtschaftsstandort gefährdenden Wohlfahrtsstaat im Mittelpunkt der Propaganda einer Rechtspartei steht, wäre von „Sozialpopulismus“ zu sprechen. Man nutzt den unterschwellig vorhandenen, oft in der politischen und medialen Öffentlichkeit geschürten Sozialneid gegenüber noch Ärmeren – in diesem Fall: den angeblich „faulen“ beziehungsweise „arbeitsscheuen“ Erwerbslosen und Sozialhilfeempfänger –, um von den eigentlichen Verursachern der sich vertiefenden Kluft im Land abzulenken. Von einem Sozialpopulismus kann aber dann nicht ernsthaft die Rede sein, wenn man kritisiert, dass Transferleistungen wie die Altersrente und die Arbeitslosenhilfe gekürzt oder gestrichen werden.

2. Konzentriert sich eine rechte Gruppierung auf die Stigmatisierung und Diskriminierung von Straffälligen, plädiert sie energisch für „mehr Härte“ der Gesellschaft im Umgang mit ihnen und nimmt sie besonders Drogenabhängige, Bettler/innen und Sexualstraftäter ins Visier, um die Wähler/innen mit einem Szenario der permanenten Bedrohung zu erschrecken, handelt es sich um Kriminalpopulismus, der die „anständigen Bürger“ gegen den „gesellschaftlichen Abschaum“ mobilisiert und seine Kampagnen auf dem Rücken von sozial benachteiligten Minderheiten inszeniert. Häufig genug spielt die Boulevardpresse dabei eine unrühmliche Rolle als Sprachrohr einer intoleranten und illiberalen Mehrheitsgesellschaft.

Angst vor „Überfremdung“ wird kultiviert

3. Steht mehr der staatliche Innen-außen-Gegensatz beziehungsweise die angebliche Privilegierung von Zuwanderern gegenüber den Einheimischen oder die „kulturelle Überfremdung“ im Vordergrund, handelt es sich um Nationalpopulismus. Charakteristisch ist für ihn, dass die zunehmende Pauperisierung breiter Bevölkerungsschichten, übrigens vor allem ethnischer Minderheiten, nicht etwa als Konsequenz ihrer Diskriminierung (zum Beispiel im Bildungsbereich sowie auf dem Arbeitsmarkt) und einer ungerechten Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen, vielmehr als Resultat der zu großen Durchlässigkeit beziehungsweise Aufhebung der Grenzen für Migrantinnen und Migranten thematisiert und die Angst vor einer „Überflutung“ oder „Überfremdung“ durch diese kultiviert wird.

4. Sofern eine Rechtspartei neben den genannten Themen die „Systemfrage“ in den Mittelpunkt rückt und sich vor allem die verbreitete Enttäuschung über ihre etablierten Konkurrentinnen auf dem „Wählermarkt“ und die Entfremdung vieler Bürger/innen gegenüber dem bestehenden Regierungs- und Parteiensystem („Politikverdrossenheit“) zunutze macht, das sie mit Korruption gleichsetzt und aus prinzipiellen Erwägungen ablehnt, erreicht die populistische Zuspitzung eine andere Qualität, was die Bezeichnung „Radikalpopulismus“ rechtfertigt. Bei dieser Variante legt eine populistische Bewegung den Maßstab für ihr eigenes Verhalten sehr hoch. Umso leichter kann sie daran gemessen und selbst der politischen Unfähigkeit, Inkompetenz und Korruptionsanfälligkeit überführt werden.

Christoph Butterwegge ist Politikwissenschaftler und lehrt in Köln.

Literatur: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut, Opladen/Farmington Hills 2008.

Ausland

Grenzübergreifende Struktur

Zu den Wahlen zum Europäischen Parlament wollen rechtsextreme Parteien in koordinierter Form antreten.

Die extreme Rechte aus verschiedenen EU-Ländern unternimmt derzeit einen neuen Vorstoß zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit. An einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz in Wien am 25. Januar nahmen rechtsextreme Parteioberhäupter und Spitzenfunktionäre aus mehreren Staaten teil. Die wichtigsten unter ihnen waren die Österreicher Hans-Christian Strache und Andreas Mölzer für die FPÖ, Jean-Marie Le Pen und sein „Vizepräsident für internationale Angelegenheiten" Bruno Gollnisch vom französischen Front National. Hinzu kamen der Chef des belgischen Vlaams Belang, Franck Vanhecke, sowie Wolen Siderow von der bulgarischen Ataka-Partei.

Dem Auftritt vor den versammelten Journalisten ging laut den Worten von Andreas Mölzer, der die Pressekonferenz mit seinem Statement eröffnete, ein gemeinsames „Arbeitstreffen von patriotischen Parteien hier in Wien" voraus. Die Teilnehmer des Treffens kündigten an, bis zum Ende dieses Jahres eine gemeinsame europäische Parteistruktur schaffen zu wollen. Deren Name wurde bislang noch nicht genannt, im Umlauf befindlich sind aber die beiden möglichen Bezeichnungen „Europäische Freiheitspartei" und „Europäische Patriotische Partei". Die EU erkennt grenzübergreifende Parteienzusammenschlüsse an und fördert sie finanziell, sofern Mitgliedsstrukturen aus mindestens sieben verschiedenen EU-Ländern daran teilnehmen. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, können sie auf finanzielle Unterstützung seitens der EU-Institutionen rechnen.

An Versuchen der rechtsextremen Parteien, auf europäischer Ebene miteinander zu kooperieren, hat es in der Vergangenheit nicht gemangelt. Regelmäßig scheiterte die Kooperation jedoch an strukturellen Faktoren – entweder daran, dass jeder unter den wichtigsten Chefs jeweils der Größte sein wollte, oder aber daran, dass das Geltendmachen nationaler Partikularinteressen gegen die nationalegoistischen Interessen anderer „Partner" verstieß. So entzweite die angeblich offene „Südtirolfrage" wiederholt deutsche/österreichische und italienische Rechtsextremisten; daran war unter anderem die erste gemeinsame Fraktion der rechtsextremen Parteien im damaligen Europaparlament in den Jahren ab 1989 geplatzt. Auch die Rivalitäten zwischen „Führern", die jeweils eine zentrale Rolle für sich beanspruchten, durchkreuzten immer wieder Pläne für eine grenzüberschreitende Kooperation, so beispielsweise zwischen dem früheren FPÖ-Chef Jörg Haider und Jean-Marie Le Pen in der Vergangenheit.

Erst im November 2007 zerbrach eine gemeinsame Fraktion, die unter dem Namen „Identität - Tradition - Souveränität" (ITS) von mehreren rechtsextremen Parteien im Europäischen Parlament gebildet worden waren. Ursächlich war ein Streit zwischen italienischen und rumänischen Abgeordneten der Fraktion, nachdem die italienische Neofaschistin Alessandra Mussolini zuvor nach einem Kriminalfall in der Nähe von Rom pauschal gegen rumänische Einwanderer gehetzt und sogar den Abzug beziehungsweise Hinauswurf des rumänischen Botschafters aus Italien gefordert hatte.

Nun steht also ein neuer Anlauf ins Haus. Im Augenblick sind „nur" vier Parteien daran beteiligt. Bis zum 15. November dieses Jahres soll eine breitere grenzübergreifende Struktur stehen, um in koordinierter Form zur kommenden Europaparlamentswahl antreten zu können. Einen gemeinsamen Wahlkampf werde es jedoch nicht geben, kündigte Andreas Mölzer an. Seine Person gilt als der zentrale Motor des Projekts grenzübergreifender Zusammenarbeit. Mölzer nannte als gemeinsame inhaltliche Basis die Bekämpfung einer angeblichen „Islamisierung" sowie der „Selbstaufgabe" Europas und einer angeblichen „unkontrollierten (außereuropäischen) Massenzuwanderung".

Auf der Wiener Pressekonferenz richteten sich die Blicke auch auf den Franzosen Jean-Marie Le Pen. Journalisten befragten den rechtsextremen Politiker zu seinen umstrittenen Äußerungen über den Holocaust. Der antwortete darauf mit dem bemerkenswerten Satz, in Europa habe es „über Jahrhunderte hinweg" alle möglichen „Konflikte" gegeben, und wenn man nun ständig alte Konflikte „ausgraben" wolle, könne man sich nie nach vorne wenden. Nichts Neues unter der Sonne also.

Bernhard Schmid

Blick in die Zeitgeschichte

„Krieg der Ideen“

Das Ibero-Amerikanische Institut in Berlin dokumentiert in einer Ausstellung die Vielfalt des kulturellen Engagements im Spanischen Bürgerkrieg.

Dass man mit Jorge Semprún als Gastredner die „Idealbesetzung“ gefunden habe, darüber waren sich alle Redner am 6. Februar 2008 im völlig überfüllten Ibero-Amerikanischen Institut in Berlin bei der Eröffnung der Ausstellung „España en el corazón“ einig. „Spanien im Herzen“, so heißt ein Gedichtband von Pablo Neruda aus dem Jahr 1939, der 1956 in der deutschen Übersetzung von Erich Arendt und Stephan Hermlin erschien. Daran anknüpfend nannte der 1923 geborene Semprún, 1988 bis 1991 spanischer Kulturminister und 1994 Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, die Erinnerung an den Spanischen Bürgerkrieg ein Herzstück der europäischen Geschichte und Schlüsselereignis für das gemeinsame kulturelle Bewusstsein; kein anderes historisches Ereignis habe soviel Meisterwerke geschaffen.

Mit der Rebellion der in Spanisch-Marokko stationierten Kolonialtruppen und Legionäre gegen die gewählte republikanische Regierung in Madrid begann am 17. Juli 1936 ein auf beiden Seiten erbittert geführter Bürgerkrieg. Er endete im März 1939 mit dem Sieg der Aufständischen und der Errichtung einer nationalistischen Diktatur unter General Franco, dem Führer des Aufstandes. Voller Enthusiasmus, und von der Hoffnung geeint, dem in Europa unaufhaltsam vorwärts drängenden Faschismus endlich Einhalt gebieten zu können, eilten Freiwillige aus vielen Ländern und von unterschiedlicher politischer Überzeugung der bedrohten Republik zur Hilfe: Liberale und Sozialisten, linientreue und antistalinistische Kommunisten, die sich von einem Sieg auch eine Stärkung ihrer Opposition versprachen. Darunter viele Schriftsteller, deren Werke von den politischen und ideologischen, moralischen und menschlichen Konflikten dieser Jahre berichten und denen vor allem das Verdienst zukommt, die Erinnerung an diesen „Krieg der Ideen“, der im Bewusstsein der Öffentlichkeit bald verdrängt und von den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs überlagert wurde, wachgehalten zu haben.

Daran erinnert die an der Universität Osnabrück erarbeitete Ausstellung, die nun zum ersten Mal das gesamte Spektrum der im Kampf für die Republik eingesetzten Medien analysiert und systematisch aufbereitet hat. Das Ergebnis ist eindrucksvoll: Bücher und Buchumschläge, Broschüren, Tarnschriften und Raubdrucke, Zeitungen und Zeitschriften, Illustrationen, Grafiken und Plakate, Fotografien, Fotoreportagen und Filme, Lieder, Schallplatten und Radiosendungen – es ist eine den Betrachter oft überraschende Vielfalt, die in ihrer medialen Wechselwirkung und in ihrem internationalen Zusammenhang vorgestellt wird und auch für den Kenner Unbekanntes bereithält.

Dargestellt werden außerdem, und dies ist ebenfalls neu, die – eher geringe – Rezeption des Spanischen Bürgerkrieges in der alten Bundesrepublik und die bei weitem komplexere, von Zensur, Selbstzensur und wechselnden ideologischen Vorgaben geprägte Erinnerung in der DDR, die auch in den Vorträgen des Rahmenprogramms zur Ausstellung behandelt wird und Thema eines internationalen Symposiums am 28. und 29. Februar ist (www.iai.spk-berlin.de).

Das vorzügliche Begleitbuch enthält drei Überblicksbeiträge zum Engagement der Literatur, zu den verschiedenen Bildmedien und zur Erinnerung und Aneignung des Spanischen Bürgerkrieges in beiden deutschen Staaten. Der reich illustrierte Katalogteil enthält eine Auswahl der ausgestellten Objekte, dazu Textauszüge und ausführliche Biographien vieler Akteure. Als Ergänzung kündigt das als Leihgeber vielfach vertretene Berliner Prometheus-Antiquariat einen weiteren Band an („Die Freiheit fällt nicht vom Himmel, Fundstücke aus dem Spanischen Bürgerkrieg“, 150 Seiten mit 270 Abbildungen, 12,90 Euro; www.prometheus-antiquariat.de). *Theo Meier-Ewert*

Bis 25. März 2008 im Ibero-Amerikanischen Institut, Potsdamer Straße, 10785 Berlin; www.iai.spk-berlin.de

España en el corazón, Der Spanische Bürgerkrieg: Medien und kulturelles Gedächtnis, hrsg. von Wolfgang Asholt, Rüdiger Reinecke und Susanne Schlünder, Bielefeld: Aisthesis Verlag 2008, 233 Seiten, 15 Euro.

Meldungen

„Zusammenarbeit ist undenkbar“

Lüdenscheid – Egbert Geiecke, Kreistagsmitglied im Märkischen Kreis, soll aus der Partei Die Republikaner ausgeschlossen werden. Dies hat die Landesvorsitzende der Republikaner in NRW, Uschi Winkelsett, angekündigt: „Eine Zusammenarbeit zwischen einem Republikaner und der NPD ist undenkbar.“ Es gebe keine Kooperation „mit Parteien, die unverhohlen in einem neonationalsozialistischen Umfeld auftreten. Jede Berührung wäre für uns ein Fiasko“. Geiecke hatte vor einigen Tagen erklärt, gemeinsam mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD, Timo Pradel, eine „NPD-Gruppe im Kreistag des Märkischen Kreises“ bilden zu wollen. Winkelsetts Stellungnahme wirft ein bezeichnendes Licht auf den inneren Zustand und das Personal der REP: „Das letzte Lebenszeichen“ Geieckes vor seinem jetzigen Schwenk zur NPD habe die Partei am Wahlabend im September 2004 erreicht. „Danach war Geiecke von der Bildfläche verschwunden. Alle Anstrengungen, Kontakt mit ihm aufzunehmen, endeten im Nichts. Auch Nachfragen beim Kreistag führten nicht weiter, denn er soll, wie gesagt wurde, dort selten bei Sitzungen gesehen worden sein.“ (ts)

„Stolze deutsche Frauen“

Berlin – Aktivistinnen aus den Reihen der NPD haben einen Zusammenschluss mit dem Namen „Jeanne d’Arc – Selbsthilfegruppe politisch verfolgter Frauen in Zeiten des BRD-Regimes“ gegründet. In der Vereinigung sollen sich „stolze deutsche Frauen“ zusammenschließen, die in „ihrem sozialen Umfeld diffamiert und denunziert" werden und denen beruflich „die Türen versperrt werden“. Diese „Kämpferinnen“ beweisen, so das NPD-Parteiblatt „Deutsche Stimme“ DS), „nationale Solidarität, stehen zueinander und stärken sich untereinander.“ (am)

Braune Killer verhaftet

Russland (Moskau) – Die Polizei hat in Moskau vier Mitglieder der rechtsextremen Skin-Terrorgang „Ryno“ festgenommen. Die Jugendlichen werden verdächtigt, aus Rassenhass über 20 Menschen nichtslawischen Aussehens getötet zu haben. Kopf der Gruppe war der Kunststudent Artur Ryno. Ryno war bereits im April 2007 nach dem Mord an einem armenischen Unternehmer verhaftet worden. Mit dem damals 18-jährigen Ryno war auch sein Gesinnungskumpan Pavel Skatschevskij inhaftiert worden. Im Laufe der Ermittlungen gestand Ryno die Tötung von 37 Personen. Später widerrief er sein Geständnis. Im vergangenen Jahr kamen nach Angaben des russischen Menschenrechtszentrums SOWA bei bei rechtsextremen Übergriffenüber 60 Menschen ums Leben. Mehr als 550 Personen wurden verletzt. Angaben von SOWA zufolge wollen „Rechtsextremisten ihre Opfer nicht zusammenschlagen, sondern töten“. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de